

# **Beschluss des KLJB-Frühjahrsbundesausschusses 2002**

## **Politik für eine zukunftsfähige Entwicklung**

### **KLJB-Forderungen für eine nachhaltige Umwelt- und Entwicklungspolitik**

Das Jahr 2002 markiert aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht zwei wichtige Ereignisse:

**1. Vom 26. August bis 4. September findet der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg statt.**

Vor zehn Jahren wurden in Rio viele Versprechungen gemacht, von denen bis heute kaum eine erfüllt wurde. Nachhaltigkeit hat sich zwar an vielen Orten als Begriff durchgesetzt, aber noch nicht ernsthaft als Leitbild der Politik. Aus diesem Grund sind Strategien der Nachhaltigkeit notwendiger denn je, sollen ökologische Tragfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, und ökonomischer Wohlstand miteinander in Einklang gebracht werden.

**2. Knapp drei Wochen später, am 22. September 2002, findet die Bundestagswahl in Deutschland statt.**

Umwelt- und entwicklungspolitische Fragen und Lösungskonzepte spielen im Bundestagswahlkampf und den Wahlprogrammen der meisten Parteien eine untergeordnete Rolle, obwohl mit diesen Politikfeldern zentrale Zukunftsfragen verbunden sind. Der bisher vorliegende Entwurf der Bundesregierung für eine "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" bietet wenig erkennbare und greifbare Ansätze für eine tatsächliche Neuorientierung der deutschen Politik.

Die KLJB versteht sich als Akteur für eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Sie engagiert sich aus christlicher Verantwortung im Interesse von Jugendlichen und der ländlichen Lebensräume für eine zukunftsfähige Politik. Besonders für die ländlichen Regionen in Deutschland - aber auch weltweit - ist eine Entwicklung von Nöten, die sowohl ökologisch, ökonomisch als auch sozial zukunftsfähig ist. Vor diesem Hintergrund bekräftigt die KLJB ihre umwelt- und entwicklungspolitischen Positionen und Forderungen. Die KLJB hat sich in den vergangenen Jahren besonders mit den folgenden umwelt- und entwicklungspolitischen Themenfeldern beschäftigt:

- Energie und Klimawandel
- Welthandel
- Welternährung

Vorwiegend aus diesen Themenbereichen ergeben sich für uns die folgenden zentralen Forderungen, die wir an die politischen Entscheidungsträger in Deutschland richten:

- **Den Primärenergieverbrauch zügig reduzieren!**

Nur wenn es gelingt, fossile Energieträger drastisch zu reduzieren, kann der Klimakollaps abgewendet werden. Vor allem die ländlichen Regionen sind weltweit in ökologischer, ökonomischer und somit auch sozialer Hinsicht unmittelbar und schonungslos vom globalen Klimawandel betroffen.

Die Bundesregierung muss sich weiter klar zu ihrem nationalen Klimaschutzziel bekennen. Um die selbst gesteckten Ziele, eine Kohlendioxid-Reduktion um 25% gegenüber 1990 bis 2005 und auch die mittelfristige Reduktion um 40% bis zum Jahr 2020, bis 2050 sogar um 80%, zu erreichen, müssen die dazu notwendigen Instrumentarien weiterentwickelt bzw. geschaffen werden.

- **Das Kyoto-Protokoll schnellstmöglich umsetzen!**

Die Bundesregierung muss sich auch auf internationaler Ebene nachdrücklich für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls einsetzen und weiterhin – besonders auf EU-Ebene – eine führende Rolle spielen. Die flexiblen Mechanismen des Klimaschutzes müssen so gestaltet sein, dass sich die reichen Länder nicht von ihrer Verantwortung freikaufen und notwendige eigene Strukturveränderungen in die ferne Zukunft verschieben können.

- **Den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2012 national und weltweit deutlich über 10% des Primärenergieverbrauchs steigern!**

Neben Energieeinsparmaßnahmen und der Erhöhung der Energieeffizienz ist der Einsatz erneuerbarer Energieträger das entscheidende Element für Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Bis zum Jahr 2050 muss ein Anteil erneuerbarer Energien von 50% am Primärenergieverbrauch erreicht werden. Der weitere Ausbau der Forschungsmittel für erneuerbare Energien muss dringend erfolgen. Neben der Wind- und Solarenergie ist besonders die Biomasse zu fördern. Dies erhöht die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen und der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft muss als Bündnispartnerin für die Erzeugung regenerativer Energien gewonnen werden. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) muss unbedingt fortgeschrieben werden. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien schafft viele neue Arbeitsplätze und stärkt zudem die regionale Entwicklung. Dies eröffnet auch Jugendlichen berufliche, ökonomische und soziale Bleibeperspektiven und trägt durch dezentrale Strukturen zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung bei.

- **Den Ausstieg aus der hoch subventionierten und gefährlichen Atomenergie sofort umsetzen!**

Die KLJB setzt sich nach wie vor für einen sofortigen Atomausstieg ein. Die Nutzung der Atomkraft ist nicht vereinbar mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung und verantwortungslos gegenüber zukünftigen Generationen. Für die Entsorgung von Atommüll gibt es bis heute auf der ganzen Welt keine nachweisbar sichere Lösung. Solange der Ausstieg nicht vollzogen ist, muss eine Besteuerung der Kernbrennstäbe und eine drastische

Erhöhung der Haftungsvorsorge für Atomkraftwerke erfolgen. Bis dahin ist im Rahmen der EU-Osterweiterung die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards einzufordern.

- **Die Ökologische Steuerreform in entschlossenen Schritten und im Sinne einer umfassenden ökologischen Finanzreform weiterentwickeln!**

Die Stufen einer ökologischen Besteuerung müssen langfristig und verbindlich festgelegt werden, um Planungssicherheit und Steuerungswirkung zu erzielen. Das politische Engagement für eine EU-weite und einheitliche ökologische Besteuerung muss verstärkt werden.

Bestehende Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe müssen Schritt für Schritt abgebaut werden. Darüber hinaus ist die sozialverträgliche Gestaltung der Öko-Steuer weiterzuentwickeln, z.B. im Bereich der Landwirtschaft. Die Steuersätze müssen sich konsequenter an der Emissionsbelastung orientieren. Das bestehende Modell der Aufkommensneutralität soll dahingehend erweitert werden, dass zukünftig ein sukzessiv wachsender Teil des Steueraufkommens zur direkten Finanzierung von klimaschutzrelevanten Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise dem Aufbau von Nahwärmesystemen, der ÖPNV-Förderung und der Forschungsförderung verwendet werden.

- **Zukunftsfähige Mobilität und Regionalität gestalten!**

Zentrales Ziel der Verkehrspolitik und Raumplanung muss die Vermeidung von unnötigem Verkehr sein: durch eine Abstimmung der verschiedenen Verkehrsträger, eine entsprechende Siedlungs- und Flächennutzungspolitik und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Verlässliche und leistungsstarke ökologische Alternativen zum motorisierten Individualverkehr müssen vor allem im ländlichen Raum dringend geschaffen und in Modellprojekten gefördert werden. Die Bahn muss in der Fläche zu einer wirklichen Alternative zum Auto werden. Die Subventionierung im Flugverkehr muss ein Ende haben. Dementsprechend fordert die KLJB die Besteuerung des Flugtreibstoffs (Kerosin) bzw. die Erhebung von emissionsbezogenen Abgaben, die generelle Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung und eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene.

- **Die weltweite Armut und die verursachenden Strukturen wirksam bekämpfen!**

Das in Rio erneut bestärkte Ziel, dass Industriestaaten 0,7 % des Bruttonationalprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufbringen, muss umgesetzt werden. Der im Rahmen der UN-Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung gefasste EU-Beschluss, den Entwicklungsetats auf 0,33 % zu erhöhen, reicht nicht aus. Konkrete Planungen zur Erhöhung des Entwicklungshilfeetats sind erforderlich. Das von der Bundesregierung verabschiedete Aktionsprogramm 2015 (Halbierung der Armut bis 2015) muss durch konkrete Maßnahmen und einen festen Zeitplan präzisiert werden. Instrumente zur gerechten Steuerung der internationalen Finanzmärkte wie beispielsweise die sogenannte Tobinsteuer müssen weiterentwickelt und schnell umgesetzt werden.

- **Hunger weltweit durch eine globale Agrarwende wirksam bekämpfen!**

Weltweit hungern etwa 800 Millionen Menschen, davon lebt die Mehrzahl in ländlichen Regionen. Die Landwirtschaft muss an die Bedürfnisse der kleineren ProduzentInnen angepasst werden. Es gilt, regionale ökologische Kreisläufe zu fördern. Der armen Bevölkerung, hier in besonderem Maße Frauen und Kindern, muss Zugang zu den überlebens-

wichtigen Ressourcen wie Wasser, Land, Bildung und Gesundheitswesen gewährt werden. Das Recht der Ernährungssouveränität ist zu gewährleisten. Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ist grundsätzlich abzulehnen. Es darf keine Patentierung auf Lebensmittel, insbesondere von Saatgut geben. Traditionelles Wissen über Zucht und Erhaltung von wertvollen Nutzpflanzensorten, das über Generationen erworben wurde, muss anerkannt und bewahrt werden. Die Exportorientierung darf nicht über die Ernährungssicherung der eigenen Bevölkerung gestellt werden. Exportorientierte Subventionen müssen sowohl hier als auch in Entwicklungsländern abgebaut werden.

▪ **Weltweit gerechte Handelsbedingungen schaffen!**

Ein zukunftsfähiges Welthandelssystem muss Umweltschutz und Ressourcenschonung, Armutsüberwindung und soziale Gerechtigkeit über die Handelsliberalisierung stellen. Die Märkte müssen für Produkte aus Entwicklungsländern geöffnet werden. Ökologisch und sozial verträgliche Produkte müssen einen verbesserten Marktzugang erhalten. Gezielte Maßnahmen zur Förderung des fairen Handels müssen erfolgen. Die Verfahren der WTO müssen transparent werden. Es ist eine gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer sicherzustellen. Internationale Menschenrechtsabkommen und das Recht auf Ernährung müssen vorrangige Bedeutung in der WTO haben. Grundlegende WTO-Reformen sind notwendig. Außerdem müssen im Fall von Zielkonflikten UN-Abkommen Vorrang vor den Bestimmungen der WTO haben.

▪ **Die gleichberechtigte Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen und der ärmeren Länder ermöglichen!**

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert, dass alle unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aktiv an gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen beteiligt werden. Besonders die Einbindung der jüngeren Generationen und die Förderung demokratischer Selbstorganisation von Jugendlichen müssen sichergestellt werden. Das Prinzip der Subsidiarität muss von politischer Seite anerkannt und unterstützt werden, um eine aktive Zivilgesellschaft zu fördern. ‚Gender Mainstreaming‘ muss als durchgängiges Prinzip zur Gewährleistung der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt werden.

Die gleichberechtigte Beteiligung wirtschaftlich schwächerer Länder muss in den internationalen politischen Strukturen verankert werden. Es gilt, den zunehmenden Einfluss des neoliberalen Wirtschaftslobbyismus zu beschränken.

Nachhaltige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit erfordern eine grundlegende Richtungsänderung des Lebensstils vor allem in den reichen Ländern. Politiker und Politikerinnen, Verbraucher und Verbraucherinnen, aber auch die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Gruppen müssen gemeinsam einen zukunftsfähigen Lebensstil gestalten.

Wir werden die Qualität der Positionen und Taten der Politiker und Politikerinnen und der Parteien an unseren umwelt- und entwicklungspolitischen Forderungen messen.

Bad Honnef-Rhöndorf, 9. Juni 2002

KLJB-Bundesausschuss

